

Schon am 25. Februar 2014 durfte eine Lilia Shevtsova vom »Carnegie Endowment for international Peace« ganz eindeutig und gar nicht »for Peace« in der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) den »Regimechange« in Russland verlangen, nachdem ein solcher mit Milliarden US-Dollar und EU- wie NATO-Druck in Kiew gelungen war. »Man müsste im Auge behalten, dass ähnliche Umwälzungen auch in anderen Ländern möglich sind. Für den Kreml ist es eine Existenzfrage. Denn jede Revolution in einem »Brudervolk« kann in der russischen Gesellschaft den Wunsch wecken, diesem Beispiel zu folgen.« Aber bitte sehr, auch die SZ sieht keine antirussische Haltung in der derzeitigen Politik des Westens, sie sieht nur ein »wieder forsch auftretendes Russland«, und die Kanzlerin wird unkommentiert und zustimmend mit ihrer Hochrüstungspolitik gegen Moskau

demie

Die Sommerakademie ist zentraler Treffpunkt für Neugierige, Jung und Alt, Attacies und AktivistInnen. Auf spannenden Podien, Foren und in Workshops werden wir gemeinsam lernen, politisches Handwerkzeug erarbeiten und diskutieren.– immer mit dem Ansatz, Globalisierung zu verstehen und kritisch zu hinterfragen.

Infos und Anmeldung unter
www.attac.de/sommerakademie

Brandgefährlich

Das Schweigen der Medien zu Kriegsvorbereitungen gegen Russland

zitiert. Auch mit solchen Darstellungen wird der Frieden gefährdet.

Es heißt: Nichts ist so alt wie die Zeitung von gestern. Das hätten die Medienmacher von der laut Eigendarstellung »bedeutendsten überregionalen Tageszeitung« wohl gern, dass wir alle vergessen, was gestern gesagt und geschrieben wurde. Was die NATO anbelangt, so werden wir äußerst schlecht informiert und sollen uns wohl auf das Lesen zwischen den Zeilen beschränken.

Also dann: In der SZ vom 9. Juli war zu lesen: »Für einen Angriff sind 4.000 Mann zu wenig«. Auf derselben Seite wurde der stellvertretende US-Verteidigungsminister James Townsend zitiert, der einen US-amerikanischen »militärischen Wiederaufbau in Europa« ankündigt: »Abschreckung aber sei »nur wirksam, wenn man auch tatsächlich in der Lage ist, einen Feind zu besiegen«.

Die SZ, die in militärischen Dingen alles tut, um uns in die Irre zu führen, deutet damit ungewollt etwas an, was über die reinen NATO-Heeresvorbereitungen in den Ostseeländern hinausgeht: die Absicht, einen Krieg gegen Russland »siegreich« zu führen. Dazu gehören die Aktivitäten der anderen

Waffengattungen, über die wir allerdings aus der SZ nichts erfahren.

Zum Beispiel über die Vorgänge in Kalkar am Niederrhein, über die Townsend natürlich Bescheid weiß. Hier haben NATO und Bundeswehr ihren Gefechtsstand, der die Luftoperationen bis zum Ural steuern kann, und zwar auch die mit unbemannten Flugzeugen, also Kampfdrohnen, und atomar bestückten Objekten.

Von der Existenz bewaffneter Roboter und dass diese ferngesteuert töten können, erfahren wir in der SZ vom 9. Juli auf Seite 2 ganz nebenbei. Und zwar dort, wo über den Scharfschützen berichtet wird, der in Dallas/USA Polizisten erschoss und dann mit einem »ferngesteuerten Gefährt mit einem Sprengsatz außer Gefecht gesetzt« wurde. Auch Kampfdrohnen sind Roboter und alles andere als neu, außer wohl derzeit noch bei der Polizei. Das Militär, auch das deutsche, übt seit langem von Kalkar aus deren Einsatz.

Der Kommandant des Standortes Kalkar, General Joachim Wundrak, bezeichnet diesen als einen »ganz großen Player in den deutschen Streitkräften und der NATO«. In Kalkar/Uedem bauen Bundeswehr und NATO eine Leitzentrale und die nötige Infrastruk-

tur für den Hightech-Krieg auf. Auf der vorletzten Tagung des dortigen »Joint Air Power Competence Centre« wurde schon 2014 ein immer wahrscheinlicher werdender großer Krieg (»Major War«) in Europa an. Die Militärs entwickeln dafür Pläne unter Einbeziehung eines »Mixes nuklearer und konventioneller Kapazitäten«, so steht es im Text »Future Vector« aus Kalkar 2014.

Unter Verweis auf den Ukraine-Konflikt baut die Bundeswehr eine sogenannte »Speerspitze« mit 2.700 Soldaten auf, die in Münster stationiert sind und in kürzester Zeit in jeder europäischen Konfliktregion zum Einsatz kommen sollen. Zunächst, wie in Warschau beschlossen, in Litauen. Die dazu gehörige luftgestützte Steuerung erfolgt von Kalkar/Uedem aus. Und hier wird die Gefährlichkeit der angeblich so harmlosen Stationierungen deutlich, der die Bundesregierung zustimmte.

Die Behauptung, es werde kein neuer Kalter Krieg angestrebt, ist völlig unglaubwürdig. Der frühere UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow sprach es am 9. Juli anlässlich des Gipfeltreffens des Militärpaktes gegenüber der Nachrichtenagentur *Interfax* klar aus: »Von einem Kalten Krieg geht die NATO zu den Vorbereitungen für einen heißen Krieg über.«

Ulrich Sander

■ Der Autor ist Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten